

Landesparteitag 2018

bewertung mit einfließen zu lassen und das Lizenz-versteigerungsverfahren langfristig zu überdenken. Die monetären Komponenten dürfen nicht alleinig ausschlaggebend sein. Ziel ist dabei, aus den teils heute noch nicht zufriedenstellenden Ausbauergebnissen von 3G und 4G zu lernen. Deutschland soll das beste 5G-Netz in Europa erhalten und so technologischer Vorreiter werden. Die bei der Vergabe erzielten Erlöse sollen darüber hinaus zweckgebunden von den Ländern als Mittel zum Glasfaserabbau abgerufen werden können.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, dass die 5G-Versteigerungserlöse zweckgebunden in den flächendeckenden Breitband- und 5G-Ausbau fließen und nicht dem allgemeinen Haushalt zugewiesen werden.

Antrag Nr. 12: Brennstoffzellen-Antrieb für Bahnstrecken ohne Oberleitung

Antragsteller: CDU-KV Oldenburg-Stadt

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür einzusetzen, dass auf Bahnstrecken ohne Oberleitungen Nahverkehrszüge mit Brennstoffzellen-Antrieb eingesetzt werden.

Begründung:

Derzeit werden viele Bahnstrecken mangels Oberleitung noch mit Dieselfahrzeugen betrieben, wie beispielsweise bei der Nordwestbahn auf den Strecken Oldenburg - Osnabrück bzw. Oldenburg - Wilhelmshaven. Der Brennstoffzellen-Antrieb ist eine interessante Alternative zur kostspieligen Elektrifizierung und reduziert Zugausfälle durch Sturmschäden an Oberleitungen. Durch den Ersatz von Diesel- durch Brennstoffzellenantrieb könnte auch die Bahn einen Beitrag zur Stickoxidreduzierung in Oldenburg leisten.

Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür

einzusetzen, dass auf Bahnstrecken ohne Oberleitungen in Modellversuchen Nahverkehrszüge mit Brennstoffzellen-Antrieb eingesetzt werden.

Antrag Nr. 13: Brennstoffzellen-Antrieb für Bahnstrecken ohne Oberleitung

Antragsteller: CDU-LV Oldenburg

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür einzusetzen, dass auf Bahnstrecken ohne Oberleitungen Nahverkehrszüge mit Brennstoffzellen-Antrieb eingesetzt werden.

Begründung:

Derzeit werden viele Bahnstrecken mangels Oberleitung noch mit Dieselfahrzeugen betrieben, wie beispielsweise bei der Nordwestbahn auf den Strecken Oldenburg – Osnabrück bzw. Oldenburg – Wilhelmshaven. Der Brennstoffzellen-Antrieb ist eine interessante Alternative zur kostspieligen Elektrifizierung und reduziert Zugausfälle durch Sturmschäden an Oberleitungen. Durch den Ersatz von Diesel- durch Brennstoffzellenantrieb könnte auch die Bahn einen Beitrag zur Stickoxidreduzierung in Oldenburg leisten.

Votum der Antragskommission:

erledigt mit Antrag 12

Antrag Nr. 14: Pflicht zur Hardware-Nachrüstung für Diesel-Autos

Antragsteller: CDU-LV Oldenburg

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Automobilindustrie zu Hardware-Nachrüstungen bei Dieselfahrzeugen, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten, zu verpflichten.

Begründung:

Halter von Dieselfahrzeugen sind akut von Fahrverboten bedroht, weil die Autoindustrie über Jahre zu dreckige Autos verkauft hat. So auch in Oldenburg. Nun müssen schnell technische Nachrüstungen vorgenom-

men werden, die die Autos sauberer machen und so viele Halter wie möglich vor Fahrverboten bewahren. Für die entstehenden Kosten müssen gemäß dem Verursacherprinzip die Autohersteller aufkommen.

Votum der Antragskommission:

Verweisung an den Landesfachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und den Landesfachausschuss Umwelt und Energie

Antrag Nr. 15: Pflicht zur Hardware-Nachrüstung für Diesel-Autos

Antragsteller: CDU-KV Oldenburg-Stadt

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Automobilindustrie zu Hardware-Nachrüstungen bei Dieselfahrzeugen, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten, zu verpflichten.

Begründung:

Halter von Dieselfahrzeugen sind akut von Fahrverboten bedroht, weil die Autoindustrie über Jahre zu dreckige Autos verkauft hat. So auch in Oldenburg. Nun müssen schnell technische Nachrüstungen vorgenommen werden, die die Autos sauberer machen und so viele Halter wie möglich vor Fahrverboten bewahren. Für die entstehenden Kosten müssen gemäß dem Verursacherprinzip die Autohersteller aufkommen.

Votum der Antragskommission:

erledigt mit Antrag 14

Antrag Nr. 16: Regio-S-Bahn schafft umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Land

Antragsteller: CDU-KV Oldenburg-Stadt

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür einzusetzen, dass die bestehenden Regio-S-Bahn-Konzepte weiterentwickelt und unter Berücksichtigung

nationaler und europäischer Fördermittel sobald als möglich wie realisiert werden. Eine Beteiligung aller Interessensgruppen während des Entwicklungsprozesses ist sicherzustellen.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der kommunalen Luftreinhaltepläne werden angesichts des wachsenden Individualverkehrs in den Städten zunehmend umweltfreundliche, emissionsarme Verkehrskonzepte diskutiert. In der Stadt Oldenburg, für die erfreulicherweise ein Einwohnerwachstum prognostiziert wird, könnte als Pilotprojekt für die Verwirklichung einer umweltfreundlichen Regio-S-Bahn dienen. Auf dem Stadtgebiet könnten geschlossene Stadtteilbahnhöfe als Haltepunkte einer solchen Regio-S-Bahn eingerichtet werden. Aber nicht nur auf dem Stadtgebiet, sondern auch in das Umland hinein, ist eine Regio-S-Bahn von unschätzbarem Vorteil. Abgesehen von der Verbesserung der Luftreinhaltungswerte, dient eine Regio-S-Bahn auch der Stärkung des ländlichen Raums. Menschen gelangen so schnell, umweltfreundlich und entspannt in die Städte. Umgekehrt bietet eine solche Verbindung für Stadtbewohner die Möglichkeit, autofrei in das Umland zu gelangen.

Votum der Antragskommission:

Annahme

Antrag Nr. 17: Mehrwertsteuer für Bahnfernverkehr senken

Antragsteller: CDU-KV Oldenburg-Stadt

Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, Mehrwertsteuer für den inländischen Bahnfernverkehr auf den verminderten Mehrwertsteuersatz von 7% zu senken und die Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Bahnverkehr ganz abzuschaffen.

Begründung:

Wir wollen Bahnfahren im Fernverkehr durch eine Absenkung der Mehrwertsteuer attraktiver machen und so einen verstärkten Umstieg auf die Bahn als Verkehrsträger erreichen. Des Weiteren wollen wir, die umsatzsteuerliche Benachteiligung der Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr, im Vergleich zum Flugzeug, beseitigen. Bislang ist im Bahnfernverkehr ab 50 Kilometer der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent fällig, im Nahverkehr hingegen sind es nur sieben Prozent.